

Einstieg in den Umbau

Der Start der schwarz-gelben Koalition war kein Glanzstück! Die jüngste, sommerliche Demütigung des Bundesgesundheitsministers Rösler unter weiß-blauem Himmel durch den kleinsten Koalitionspartner schadete der gesamten Koalition. In dem nun gefundenen gesundheitspolitischen Kompromiss der „Eckpunkte“ sehen viele bei oberflächlicher Betrachtung ein „Weiter so“ auf dem Weg der seit Jahren im Misserfolg strauchelnden Kostendämpfungspolitik. So kann es auch der politische Gegner der schwarz-gelben Koalition gerne sehen, denn ihm geht es nicht nur um die Sachdiskussion, sondern auch um politischen Punktgewinn. Doch der Tabellenstand im Auf und Ab des politischen Wettstreits kann nicht der alleinige Maßstab zur Bewertung von politischen Entscheidungen sein.

Ein Wort der Ehrlichkeit täte allen gut, auch dieser Regierung. Mit der Anhebung der Beitragssätze gesteht die Politik längst überfällig ein, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen aufgrund der herrschenden Rahmenbedingungen immer teurer werden muss. Es ist an der Zeit, durch eine offene, ehrliche und faktenbasierte Diskussion die Erwartungen der Menschen der Wirklichkeit anzupassen und zu korrigieren.

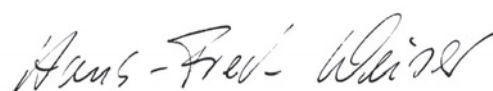
Auch die in den „Eckpunkten“ vorgesehene Kostendämpfung ist erneut ein ungeeignetes und die tatsächlichen Rahmenbedingungen ignorierendes Instrument, das eine nachhaltige Steuerung der komplexen Sachzusammenhänge des Gesundheitssystems nicht erlaubt. Die Zeiten, in denen alle möglichen Gesundheitsleistungen das Ausgabenvolumen der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) bestimmten, sind vorüber. Künftig wird das Einnahmenvolumen der GKV ihren Leistungskatalog wesentlich beeinflussen.

Trotz der klassischen „Reform“-Module (Beitragssatz und Kostendämpfung) sind die jetzt vorgelegten Eckpunkte doch als Einstieg in eine Reform zu werten: Das Einfrieren der Arbeitgeberbeiträge auf dem Niveau von 7,3 Prozent wird die Lohnnebenkosten künftig weniger stark steigen lassen und trägt zur Sicherung des Arbeitsstandorts Deutschland bei, was letztlich auch den Arbeitnehmern zugutekommt.

Die kassenindividuell möglichen Zusatzbeiträge sind bei genauer Betrachtung der Einstieg in das vom Bundesminister gewollte Prämiensystem, und der geplante steuerfinanzierte Sozialausgleich für diese Zusatzbeiträge verlagert die Solidarität auf mehr und breitere Schultern. Nun muss dieser Weg zielgerichtet und konsequent fortgesetzt werden.

Die Regierung baut das Bismarckische Solidarsystem, das auf einer konstanten Einnahmesituation bei Vollbeschäftigung und der demografischen Situation des 19. Jahrhunderts basiert, für das 21. Jahrhundert um. Das ist keine Zumutung, sondern bei schrumpfenden Einnahmen zum Erhalt unseres Solidarsystems eine unabdingbare Notwendigkeit.

Ihr




Prof. Dr. Hans-Fred Weiser,
Präsident des Verbandes der
Leitenden Krankenhausärzte
Deutschlands e. V.